



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Bilanz im Wahlkreis

MdB Klaus Hagemann

für Worms-Alzey-Oppenheim

15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Der tut was - Erfolge der Vergangenheit als Herausforderung für die Zukunft

Die 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird nun aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen bereits im Herbst dieses Jahres zu Ende gehen.

Seit den Bundestagswahlen 2002 haben wir - trotz aller Schwierigkeiten - bundespolitisch im und für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim in allen Bereichen des menschlichen Lebens gemeinsam vieles erreicht und in die Wege geleitet. Grund genug, eine Bilanz zu ziehen.

Die Erfolge der Vergangenheit sind für uns angesichts der bestehenden Herausforderungen jedoch kein Anlass, sich darauf auszuruhen, aber dennoch ein guter Grund, optimistisch und engagierter als je zuvor in den vorgezogenen Wahlkampf zu ziehen. Wir sind in Rheinhessen sehr gut aufgestellt und wollen unsere Erfolge für die Menschen in der Region weiter ausbauen. Sie sind dabei Motivation und Ansporn, die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und den Weg gemeinsam fortzusetzen.

Bildungs- und Forschungspolitik – Ganztagschulen gefördert

Im Bereich der Bildung hat der Bund im Rahmen des **Bundesprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“** den **Ausbau der Ganztagschulen** im südlichen Rheinhessen nachhaltig unterstützt: **2004 mit einer Summe in Höhe von 745.000 Euro, im Jahr 2003 mit 495.000 Euro**. Insgesamt werden von 2003 bis 2006 bundesweit vier Milliarden Euro bereitstellt. Gefördert werden in dem Bundesprogramm insbesondere Neubau-, Ausbau-, Umbau- oder Renovierungsmaßnahmen, die für die Gestaltung der Ganztagschulangebote notwendig sind.

Förderung erhielten so die **Kerschensteiner Hauptschule in Worms, die Goldberg- und die Wonnegauschule in Osthofen, die Grundschulen in Alzey und Gau-Odernheim, die Sonderschule in Alzey sowie die Regionalschule in Wöllstein**. Seit dem vergangenen Schuljahr gibt es im südlichen Rheinhessen vier neue Ganztagschulen: die Grundschulen in Wöllstein und Mommenheim sowie die Regionalschule in Nackenheim und die Realschule Nierstein. Der weitere Ausbau von Ganztagschulen ist vorgesehen für das Rudi-Stephan-Gymnasium, die Diesterweg Hauptschule in Worms sowie die Matthäus-Merian Hauptschule in Oppenheim.

Förderung von Ganztagschulen im Wahlkreis mit Bundesmitteln des Investitionsprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) 2005

Standort	Schule	Träger	Maßnahme	€
Alzey	FÖS	LK Alzey-Worms	Ausstattungspauschale	60.000,00
Alzey	GS Nibelungen	Stadt	Ausstattungspauschale	50.000,00
Alzey	HS	Stadt	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Alzey	RS	LK Alzey-Worms	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Alzey	SchZ	LK	Erw. u. Umb. I. BA	615.000,00
Eich	RegS	VG Eich	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Försheim-Dalsheim	HS	VG Monsheim	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Gau-Odernheim	GS	VG Alzey-Land	Umb. u. Erw.	880.000,00
Gau-Odernheim	GS	VG Alzey-Land	Ausstattungspauschale	50.000,00
Mommenheim	GS	VG Nierstein -Oppenheim	Ausstattungspauschale	50.000,00
Monsheim	GS	VG Monsheim	Ausstattungspauschale	50.000,00
Nackenheim	RegS	VG Bodenheim	Neub. Freisportanl.	35.000,00
Nackenheim	RegS	VG Bodenheim	Umb.	450.000,00
Nackenheim	RegS	VG Bodenheim	Ausstattungspauschale	75.000,00
Nierstein	RS Zuckmayer	VG Nierstein -Oppenheim	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Oppenheim	FÖS	VG Nierstein -Oppenheim	Ausstattungspauschale	60.000,00 *
Oppenheim	HS	VG Nierstein -Oppenheim	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Osthofen	FÖS Wonnengau	LK	Ausstattungspauschale	60.000,00
Osthofen	GHS Goldberg	Stadt	Ausstattungspauschale	125.000,00
Wöllstein	GS	VG Wöllstein	Erw.	510.000,00
Wöllstein	GS	VG Wöllstein	Ausstattungspauschale	50.000,00
Wöllstein	RegS	VG Wöllstein	Erw.	460.000,00
Wöllstein	RegS	VG Wöllstein	Ausstattungspauschale	75.000,00
Worms	(G)HS Staudinger	Stadt Worms	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Worms	GHS	Stadt Worms	Umb.	1.760.000,00
Worms	GY R. Stephan	Stadt Worms	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Worms	HS	Stadt Worms	Umb.	145.000,00
Worms	HS Diesterweg	Stadt Worms	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Worms	HS Kerschenst.	Stadt Worms	Ausstattungspauschale	75.000,00
Wörrstadt	HS	KV Mz-Bin	Ausstattungspauschale	75.000,00 *
Wörrstadt	IGS	KV Mz-Bin	Ausstattungspauschale	75.000,00 *

* = GTS ab 2005/06



Einen Namen im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat sich auch das **Gymnasium zu St. Katharinen in Oppenheim** gemacht: Als erste Schule bundesweit erhielt die Schule 2004 die Comenius-Medaille und wurde mit dem Deutschen Bildungssoftwarepreis „Digita 2004“ ausgezeichnet. Prämiiert wurde die Mitarbeit bei einer innovativen Multimedia-Lernsoftware für den Geographie-Unterricht. Das Projekt wurde im Rahmen des vom BMBF initiierten Programms „Neue Medien in der Bildung“ gefördert.

Auch der **Ausbau der Fachhochschule Worms** geht weiter. Bund und Land finanzieren den Ausbau der Fachhochschule Worms in den kommenden Jahren mit Zuschüssen in Höhe von circa **36 Millionen Euro**.

Das BMBF förderte **Forschungsprojekte von Unternehmen** im Wahlkreis im Jahre 2004 mit rund 486.000,- Euro und 2005 mit 405.000,- Euro. Details können der untenstehenden Übersicht entnommen werden.

Förderschwerpunkte des BMBF im Wahlkreis 209 von 2004 bis 2007 (Beträge in Tausend Euro)

Förderschwerpunkt	2004	2005	2006 (geplant)
Großgeräte der Grundlagenforschung	40,48	36,00	7,00
Informatik	12,64	40,49	48,13
Anwendung der Mikrosystemtechnik	186,62	100,00	192,48
Fertigungstechnik	23,25	0,00	0,00
Physikalische und chemische Technologien	183,26	197,91	291,42
Forschung / Technologie für Mobilität und Verkehr	39,91	31,00	0,00
SUMME	486,17	405,40	539,02

Verkehrspolitik – Große Schritte nach vorne

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur Rhein Hessens haben wir uns für zahlreiche Verbesserungen der Verkehrssituation eingesetzt, einiges in die Wege geleitet und vieles erreicht.

Wir haben im vergangenen Jahr im Bundestag den Bundesverkehrswegeplan als Gesetz verabschiedet. Dabei wurden auch die Projekte „**Zweite Rheinbrücke Worms**“ und der **Lückenschluss bei der B 47** neu im Süden von Worms in das Bundesgesetz aufgenommen und in der obersten Priorität geführt. Gleiches gilt auch für eine **Ortsumgehung Niersteins**. Damit sind die Entscheidungen auch gesetzlich festgeschrieben worden.

Der **Spatenstich zur zweiten Wormser Rheinbrücke im Mai** dieses Jahres markiert den offiziellen Baubeginn des aus Bundesmitteln finanzierten Großprojektes. Die zweite Rheinbrücke wird für eine deutliche Entlastung des Verkehrsflusses zwischen Hessen und Rheinhessen sorgen. Es ist

erfreulich, dass der Bau der Rheinbrücke mit rund 70 Millionen Euro um fast ein Drittel günstiger als ursprünglich geschätzt sein wird.



Bild: Gemeinsam haben sie jahrelang dafür gekämpft, jetzt packten sie tatkräftig an: MdB Klaus Hagemann, Oberbürgermeister Michael Kissel und der ehemalige OB Gernot Fischer beim ersten Spatenstich zur zweiten Wormser Rheinbrücke. Ein besonderer Dank gilt dabei auch Ministerpräsident Kurt Beck und dem parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann, die diese Maßnahme besonders unterstützt haben.

In diesem Zusammenhang werden auch die Verkehrsprobleme im Norden und Osten von Worms jetzt angegangen. Die **Bundesstraße B9** wird in den kommenden Jahren schrittweise umgebaut werden. Mittelfristiges Ziel ist der vierspurige Ausbau. Auch die Kreuzungsbereiche im nördlichen Industriegebiet werden in diesem Zuge ausgebaut werden, um den Verkehr flüssiger zu machen.

Ein anderes größeres Bauvorhaben betrifft die **Ausbaumaßnahmen der B9 zwischen Guntersblum und Oppenheim**. Die vorbereitenden Baumaßnahmen im Zuge der B9 Umgehung auf der Ostseite der Bahnlinie zwischen Guntersblum und Oppenheim sind bereits ein großes Stück vorangekommen und die Gesamtbaumaßnahme soll wie ursprünglich geplant bis Ende 2006 fertig gestellt werden. **Eine Reihe an Bauwerken ist im Rahmen der Vorarbeiten für die Umgehung bereits fertig gestellt worden.** In **Guntersblum** seien die Wanne und die Überführung beendet. Fertig gestellt wurden auch die Bauwerke „Flößchengraben“, der „Michelrödergraben“, der „Mühlachgraben“, der „Wattengraben“ und in Oppen-

heim die Überführung Kette-Saar sowie eine neue Überführung über die alte B9. In **Dienheim** sind derzeit Arbeiten an der Überführung und an einer Verlängerung der Wanne in vollem Gange. Baubeginn für die Bauwerke in **Ludwigshöhe** war Ende April 2005. Dort werden eine Grundwasserwanne sowie zwei Überführungsbauwerke einmal über die B9 und einmal über die Bahn gebaut werden. Auf meine Initiative hin wird der Bund die Baukosten alleine übernehmen und dadurch die Gemeinden finanziell entlasten. Anschließend werden die Arbeiten in **Oppenheim** an der Überführung Kette-Saar fortgesetzt. Die eigentlichen **Straßenbauarbeiten für die eigentliche Trasse** werden parallel zum Bau der Brückenbauwerke erfolgen.

Eine **sofortige Entlastung der Anwohner an der B 9** zwischen Worms und Mainz haben **wir gemeinsam mit den Bürgern und Kommunalpolitikern** erreicht: Ab Juni 2005 wird dieser Streckenabschnitt für den Lkw-Schwerverkehr gesperrt. Damit ist es die **erste Sperrung in dieser Art deutschlandweit**, die insbesondere dem unermüdlichen Einsatz des Oppenheimer Stadtbürgermeisters Marcus Held zu verdanken ist.



Bild: Über die Baufortschritte entlang der Bahnlinie im Zuge der B9-Umgehung informierte der stellvertretende Abteilungsleiter des Bereiches Verkehr und Straßenbau im rheinland-pfälzischen Verkehrsministerium, Gerhard Harmeling, (rechts im Bild) vor Ort die Ortsbürgermeisterin von Ludwigshöhe, Brigitte Sprenger, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Großmann und den Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (von links nach rechts).

Im Bereich der **trimodalen Verkehrsnutzung** (Straße, Schiene und Wasserstraßen) förderte der Bund einen leistungsstärkeren Kran im Wormser Hafen in Höhe von über drei Millionen Euro. Dadurch ist ein erhöhter Güterumschlag zu verzeichnen.

In Alzey sorgt seit Ende 2004 der **neue Kreisel am Autobahnanschluss zur A 61** für einen zügigen Verkehrsfluss. Zudem sind noch weitere Kreisel in Alzey geplant, die aus Landesmitteln finanziert werden: Am weitesten fortgeschritten in der Planung und voraussichtlich noch 2005 kommend ist der „**Mercedes-Kreisel**“ an der Wormser Straße/Kaiserstraße. Des Weiteren laufen derzeit noch Planungen für **einen Kreisel an der B 271 / L409** am Finanzamt sowie an der B271 / L406 an der Aral-Tankstelle. Insbesondere die Rückstaus an der Kreuzung am Finanzamt machen deutlich, dass dort die Dringlichkeit für einen Kreisel gegeben ist.

Im Bereich der Lärmschutzmaßnahmen werden die Anwohner der Bahnstrecke Worms-Mainz aus dem **Lärmsanierungsprogramm des Bundes** profitieren, in welches auf meine Initiative hin die gesamte Strecke aufgenommen werden konnte. In Worms soll mit dem Bau der Lärmschutzwände im Bereich der **Bahnstrecke zwischen Karl-Marx-Siedlung** begonnen werden. Auch in **Guntersblum und Dienheim** sollen noch in diesem Jahr Lärmschutzwände gebaut werden. Bislang verzögerte sich der Baubeginn. Grund dafür ist insbesondere die Blockade des Bundeshaushaltes 2005 durch die unionsgeführten Länder im Bundesrat, weshalb die Mittel für Neuinvestitionen nicht frühzeitig freigegeben werden konnten.

Im Zusammenhang mit der **nördlich von Alsheim geplanten Straßenbrücke** über die Bahnlinie stehen Bundes- und Landesmittel bereit. Ich kämpfte zwischenzeitlich bei Bahnchef Hartmut Mehdorn persönlich um die Freigabe des noch ausstehenden Finanzierungsdrittels der DB, damit die Bauarbeiten beginnen können.

In **Bodenheim wurde die Neugestaltung des dortigen Bahnhofsgebäudes** aus Bundesmitteln abgeschlossen, während in **Nackenheim** die Baumaßnahmen für den neuen Bahnhof begonnen haben.

Arbeitsmarktpolitik – Innovative Modellprojekte in Region

Trotz der bundesweit hohen Arbeitslosenzahlen, gibt es im Wahlkreis berechtigten Anlass zu vorsichtigem Optimismus. So ist die **Zahl der Sozialhilfeempfänger in Worms und im gesamten Landkreis Alzey-Worms durch die seit Jahresbeginn geltende Arbeitsmarktreform Hartz IV deutlich zurückgegangen**. Infolge der Zusammenführung von Arbeitslo-



sen- und Sozialhilfe ist die **Anzahl der Sozialhilfeempfänger um über 90 Prozent zurück gegangen**, womit die kommunalen Haushalte spürbar entlastet wurden. Bundesweit ist die Zahl von rund 672.000 auf knapp 25.000 Empfänger von Sozialhilfe zurückgegangen. Entgegen einiger Medienberichte und der landläufigen Meinung wurden im Zuge der vierten Stufe der Hartz-Reformen durch das Arbeitslosengeld II viele ehemalige Sozialhilfeempfänger besser gestellt, sind **renten-, kranken- und arbeitslosenversichert** und im **Vermittlungs- und Betreuungsprogramm** der Arbeitsagenturen.

Mit der Hartz IV-Regelung besteht ebenso nun ein **Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz oder Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen zur beruflichen Integration für Jugendliche unter 25 Jahren**. Das Modellprojekt der „**Modularen Ausbildung**“ wie es der Wormser Arbeitsförderbetrieb praktiziert ist dabei eine erfolgsversprechende Möglichkeit, Jugendliche an den ersten Arbeits- oder Ausbildungsmarkt heranzuführen.



Bild: MdB Klaus Hagemann und der designierte Landtagskandidat Jens Guth informieren sich beim Geschäftsführer des Wormser Arbeitsförderbetriebs, Rüdiger Rick und im Gespräch mit Auszubildenden über das Projekt der „Modularen Ausbildung“.

Ein anderes **vorbildliches Modell im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit** läuft mit Unterstützung aus Bundesmitteln seit Februar 2005 bei der **Firma Seeber Systemtechnik KG** in Worms. Das erfolgreiche Praktikanten-Projekt, das in Zusammenarbeit mit der Berufsbildenden Schule, der Industrie- und Handelskammer (IHK), der ARGE und der Arbeitsagen-

tur stattfindet, ist durch unsere Initiative hin inzwischen in Berlin bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und im Bundesbildungsministerium als modellhaft angekommen. 44 benachteiligte Jugendliche erhalten die Chance, sich im Rahmen des Praktikums mit der Perspektive einer Übernahme oder anschließenden Ausbildung in das Berufsleben einzugliedern.

Trotz des hohen organisatorischen Aufwandes bei der **Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe** im Wahlkreis wurden alle Anträge zügig bearbeitet und nur in Ausnahmefällen kam es zu einer verspäteten Auszahlung der Gelder.

Das Wormser Erfolgsmodell „**FAIR**“ als Vorbild: Die Ergebnisse des „Wormser Modells“ zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit sind für die bundesweiten Reformen auf dem Arbeitsmarkt beispielgebend. Bei einem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Gerd Andres, konnte dieser sich in Worms über den Zwischenstand beim FAIR-Projekt informieren, das im Juni 2002 ins Leben gerufen wurde.

Gute Nachrichten auch für Alzey: Auch in Zukunft wird **Alzey ein Verwaltungsstandort der Supermarktkette „real“ sein**, es bestünde keinerlei Schließungsabsicht von Seiten der Geschäftsführung. Zudem wurde der Ende 2004 ausgelaufenen Sozialplan um ein Jahr verlängert, lenkte die Konzernleitung auf meine Initiative hin ein.

Ein „dunkleres Kapitel“ ist die Schwarzarbeit in der Region. Diese Wettbewerbsverzerrung zwischen legaler und illegaler Arbeit zerstört legale Arbeitsplätze und verhindert neue Arbeitsplätze, weshalb ich im Bundestag dem **Gesetz der Bundesregierung zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit** zugestimmt habe. So hatte die Prüfgruppe zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung durch die Zollverwaltung allein im ersten Halbjahr 2003 eine Schadenssumme von über 810 000 Euro in der Region festgestellt.

Landwirtschaft – Weiter Zucker aus rheinhessischen Rüben

Etwa 63,2 Millionen Euro sind 2003 aus der **Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** in die rheinland-pfälzischen Gemeinden geflossen. Für den **Landkreis Alzey-Worms die Stadt Worms** waren dies zusammen mit Landesmitteln und Finanzierungshilfen der europäischen Union etwa



10 Millionen Euro, die unter anderem auf Bodenordnungsverfahren, Erzeugerprämien oder einzelbetriebliche Förderung verwendet worden sind.

Im Kontext der zurzeit heftig debattierten Reform der **Zuckermarktordnung** haben wir bei einem runden Tisch die Befürchtungen der regionalen Interessenvertreter aus Landwirtschaft und Zuckerindustrie aufgegriffen, um diese bei den weiteren Beratungen auf nationaler und europäischer Ebene einzubringen. **Die Zuckerproduktion aus Zuckerrüben muss in Rheinhessen, Deutschland und in der Europäischen Union auch in Zukunft gesichert sein.** Rheinhessen als eine der leistungsfähigsten Regionen in der Zuckerrübenproduktion muss erhalten und durch die Reform gefördert und nicht geschädigt werden. **Die Vorschläge zur Reform der Zuckermarktordnung sind in der vorgelegten Form nicht akzeptabel.** Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Ralf Walter werden wir weiter für eine faire Zuckermarktreform kämpfen. Nicht zuletzt sichert der Zuckerrübenanbau in Rheinhessen Hunderte an Arbeitsplätzen. So ist alleine der **Offsteiner Standort des Südzucker-Werkes Arbeitgeber für mehr als 400 Menschen.**



Bild: Zu einem runden Tisch haben sich Vertreter des Verbands der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer, der Südzucker AG sowie Bundes- und Kommunalpolitiker auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) (3. von links) in der Verbandsgemeindeverwaltung Monsheim getroffen.

Wirtschaft – Umfangreiche Bundesmittel für regionale Wirtschaft

Die Wirtschaft Rhein Hessens überzeugte durch innovative Produktentwicklungen und konnte von Fördermaßnahmen des Bundes profitieren. So arbeitet beispielsweise das in Bodenheim ansässige Unternehmen **Deutsche Umschlaggesellschaft Schiene-Straße (DUSS)** an nationalen und internationalen Forschungsvorhaben mit wie bei der Entwicklung eines Betriebs- und Leitsystems für Umschlagbahnhöfe und deren Vernetzung im kombinierten Verkehr. Das Bundesforschungsministerium hatte dieses Verbundprojekt in den vergangenen Jahren mit über **300.000 Euro unterstützt**.

Auch das **iC-Haus in Bodenheim** profitierte in den vergangenen Jahren aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Das iC-Haus war dabei für die kreative Umsetzung von neuem Wissen auf dem Gebiet der Halbleitertechnik in neue, wettbewerbsfähige Produkte mit mehreren Millionen Euro unterstützt worden.

Erneuerbare Energien in Rheinhessen auf dem Vormarsch: Der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromversorgung ist in Rheinhessen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Stammten im Jahr 2001 noch 4,13 Prozent des EWR-Stroms aus erneuerbaren Quellen, so ist dieser **Anteil bis zum Ende April 2004 auf 6,61 Prozent angewachsen**. Der steigende Anteil der regenerativen Energien belegt die Wirkung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und ist nicht nur aus umweltpolitischen Gründen ein Erfolg. Durch die bundeseigene Kfz-Bankengruppe in den **vergangenen vier Jahren 23,5 Millionen Euro in der Stadt Worms und den Landkreis Alzey-Worms zur Förderung der erneuerbaren Energien geflossen**. Wir wollen die erneuerbaren Energien auch weiterhin konsequent ausbauen“,

Postversorgung – Kampf um Postfilialen

Die reihenweise **Schließung von Postfilialen in Rheinhessen** aus wirtschaftlichen Gründen sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch nicht hinnehmbar. Anstatt ständig auf den Aktienkurs und andere wirtschaftliche Erfolgsindikatoren zu schießen, sollte die Post auch an ihre Kunden denken und eine Versorgung mit postalischen Dienstleistungen auch in ländlichen Regionen gewährleisten. Angesichts der derzeitigen Entwicklungen bin ich **nicht bereit, einer möglichen Verlängerung des Ende 2007 auslaufenden Briefmonopols der Post im Bundestag zuzustimmen**.





Bild: Auf Initiative von MdB Hagemann trafen sich im Uelversheimer Rathaus betroffene Ortsbürgermeister, um in einem Gespräch mit dem regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post, Friedhelm Schlitt, ihre Argumente gegen die Schließung von Postfilialen vorzubringen. Der Uelversheimer Ortsbürgermeister Stefan Ebling überreicht Schlitt Protestunterschriften gegen die Schließung der örtlichen Postfiliale.

Ich bedauere sehr, dass der Kampf um den Erhalt der Postfilialen in den Berggemeinden nicht zum erhofften Erfolg geführt hat. **Aber wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.** Erfreulicherweise hat sich ein Kampf dann doch gelohnt: So wird künftig in **Dienheim** eine „Post-Service Filiale“ eingerichtet.

Familie, Soziales und Gesundheit - Im Kreis lässt sich`s gut wohnen und leben

Die Kreise **Alzey-Worms** und **Mainz-Bingen** haben beim vom Bundesfamilienministerium vorgelegten „**Familienatlas 2005**“ besonders gut abgeschnitten. Die Studie lieferte dabei eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland. Die beiden Landkreise wurden bei der Klassifizierung aller 439 Kreise und kreisfreien Städte als sehr familienfreundlich eingestuft. Nur bei der **Kinderbetreuung** gibt es laut der Studie noch Nachholbedarf. Daran müssen wir in der zweiten Halbzeit verstärkt arbeiten. Bei **Kindertagesstätten** sind wir im Kreis bereits gut aufgestellt.

Im Bereich Ganztagschulen sind wir auf gutem Weg. Konkreten Nachholbedarf gibt es allerdings bei **Horten und insbesondere bei Kinderkrippen**. Das Land Rheinland-Pfalz hat mit seinem Programm „**Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an**“ in diesen Bereichen bereits einen ersten wichtigen Schritt getan.

Auch wenn die aktuelle Prognos-Studie speziell die Familienfreundlichkeit analysiert hatte, so lässt sich der sehr positive Befund für die Kreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen generalisieren:

Im Kreis lässt sich`s durchaus gut wohnen und leben!

Schmerztherapeutisches Angebot in Alzeyer Rheinhessen-Fachklinik:

Das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium hat die Notwendigkeit eines besonderen schmerztherapeutischen Angebotes in der neurologischen Abteilung der Rheinhessen-Fachklinik(RFK) nun anerkannt. Ich hatte mich in der Sache im Rahmen einer Initiative an die Gesundheitsministerin des Landes, Malu Dreyer, gewandt, um in Alzey eine erweiterte regionale Behandlungsmöglichkeit von Schmerzpatienten zu etablieren.

Kulturförderung – Bundesmittel für bedeutende Denkmäler

Rheinhessische Denkmale profitieren auch weiterhin vom **Förderprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz**. Für 2003 hatte die private Stiftung insgesamt 250.000 Euro für historisch wertvolle Bauwerke in Rheinhessen eingeplant. Davon flossen **110.000 Euro an den Wormser Dom** für die Außensanierung des Westchors. Insgesamt hatte die Denkmalschutzstiftung für den Wormser Dom knapp 400.000,- Euro bereitgestellt.

Neben den Fördergeldern der Denkmalschutzstiftung flossen **seit 2002 insgesamt 450.000,- Euro aus dem Denkmalpflegeprogramm des Bundes**. Waren es in den Jahren 2002 und 2003 noch jeweils 100.000,- Euro, so konnte in den Jahren 2004 und 2005 jeweils 125.000,- Euro an Förderung vom Bund erreicht werden.

„**Eine Weiterförderung im kommenden Jahr ist vorgesehen**“, sagte Kulturstaatsministerin Dr. Christina Weiss zur Zukunft der Domförderung aus Bundesmitteln.

Die **jüdische Trauerhalle** auf dem Friedhof Hochheimer Höhe profitierte 2003 von einer Förderung in Höhe von **40.000 Euro**. In 2005, dem Wormser Raschijahr, wurden von der Denkmalschutzstiftung **30.000,- Euro** für die Restaurierung der Trauerhalle zur Verfügung gestellt.



Auch die **Katharinenkirche in Oppenheim** kam in den Genuss reichhaltiger Fördermittel. Sie wurde von 1988 bis 2002 bereits insgesamt mit 1,312 Millionen Euro gefördert. Jetzt gilt es, den Orgelneubau zu unterstützen.

Türkisch-Islamische Moscheegemeinde Worms: Ich unterstütze dort das aktuelle Projekt der Gestaltung eines Basketballfeldes für die Jugendlichen.

Städtebauförderungsprogramm / „Soziale Stadt“ – Worms ist dabei

Auch aus dem Städtebauförderungsprogramm 2004 des Bundes fließen wieder Mittel nach Rheinhessen: Die Stadt Worms erhält so 2005 für die **Neuordnung des Bahnhofsumfeldes aus dem Städtebauförderungsprogramm des Landes rund 627.000 Euro**, die in diesem und über die kommenden Haushaltsjahre verteilt ausbezahlt werden. Zudem werden rund **71.500 Euro, wovon 50.000 Euro aus Bundesmitteln stammen, für die Gebietsentwicklung und für den Abbau sozialer Problemereiche im Wormser Süden bereit gestellt.**

Innere Sicherheit – Erfolgreiche Arbeit des Bürgerkontaktbeamten

Der auf meine Initiative hin am Wormser Bahnhof wieder etablierte **Bürgerkontaktbeamte** des Bundesgrenzschutzes hat sich im vergangenen Jahr als sehr erfolgreich bewährt. Insbesondere im Bereich der Verbrechens-Prävention und als Ansprechpartner in Sicherheitsfragen für die Bürger ist der Bürgerkontaktbeamte zu einer überaus wichtigen Institution geworden. Die Sicherheitssituation am Bahnhof Worms hat sich durch die Anwesenheit des Beamten deutlich verbessert.





Bild: Bilanz einer erfolgreichen Arbeit des Bürgerkontaktbeamten zogen der für den südwestdeutschen Raum zuständige Amtsleiter Polizeidirektor Alfons Aigner vom Bundesgrenzschutz aus Stuttgart (links), sein Kollege, der erste Polizeihauptkommissar Volker Hamann aus Mannheim (rechts) und der Bürgerkontaktbeamte Polizeioberkommissar Waldemar Berg in Worms in einem Gespräch mit MdB Hagemann. Dieser hatte sich für den Erhalt dieser Position beim Inspekteur des Bundesgrenzschutzes eingesetzt.

Auch konnte ich als **Vizepräsident der THW-Bundeshelfervereinigung und Berichterstatter für das THW auf Bundesebene** erreichen, dass die Arbeit der THW-Ortsverbände in meinem Wahlkreis durch verbesserte Geräteausstattungen und neue Fahrzeuge unterstützt wurde. So soll die THW-Jugend in Wörrstadt noch in diesem Jahr einen **Mannschaftstransportwagen erhalten**. Bereits im vergangenen Jahr hatte der THW-Ortsverband einen neuen Mannschaftswagen für seinen Technischen Zug erhalten. Zudem setze ich mich jetzt noch dafür ein, dass der Ortsverband eine neue und einfacher zu bedienende **Wasseraufbereitungsanlage** bekommt.

Konversion – Gemeinsam für erfolgreichen Übergang

Gemeinsam mit dem Land und den Gemeinden kooperiert der Bund beim Übergang und der Anschlussnutzung von militärisch genutzten Geländen für zivile Zwecke im Wahlkreis. Dies ist das Ergebnis von Vermittlungsgesprächen über die Zukunft der Areale in **Pfeddersheim und, sobald es an den Bund zurück fallen sollte, dann auch in Dexheim. Ziel ist es, frühzeitig gemeinsame Vorstellungen für eine rasche und erfolgreiche Erschließung zu erarbeiten**. Deshalb habe ich mich in beiden Fällen bei der Bundesvermögensverwaltung bzw. bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für eine enge Zusammenarbeit eingesetzt.



Bild: Anlässlich des THW-Aktionstages 2005 im Bundestag würdigt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) die Dienste des THW. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz-Rudolf Körper (links) und MdB Klaus Hagemann im Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten. Hagemann informierte Thierse über die erfolgreiche Arbeit des THW in seinem Wahlkreis.

Bürgeranliegen und Petitionen - Hilfe und Unterstützung für Bürger

Im Rahmen meiner regelmäßig stattfindenden **Bürgersprechstunden** im Wahlkreis sowie über E-Mail, Telefon oder per Brief haben sich rund **1.000 Bürger** in den vergangenen zwei Jahren an mich gewendet. Mein Berliner Büro erreichen darüber hinaus jährlich nochmals rund **350 Bürgeranliegen**. Rund 80% der Rat und Hilfe suchenden Bürger konnten ich und meine Mitarbeiter helfen.

In der 15. Wahlperiode sind aus dem Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim bisher **insgesamt 74 Petitionen** an den Petitionsausschuss eingereicht worden. Aus Worms waren es dabei 26, aus Alzey-Worms 32 und aus den Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim, Guntersblum und Bodenheim 16 Bürger, die ihr Anliegen an den Petitionsausschuss des Bundestages richteten. In der überwiegenden Zahl betrafen die Bürgereingaben Fragen zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Weitere Themen waren der

Irak-Krieg, Fragen zum Asylrecht oder auch Verkehrsfragen, die Autobahnen A 61 und A 63 oder die Bundesstraße 420 betreffend. Eine Reihe an Petitionen wurde bereits bearbeitet und **eine davon ist sogar in eine Gesetzesinitiative** eingegangen. Eine Petition aus Gau-Odernheim führte beispielsweise dazu, dass die Anbieter von ausufernd teuren 0190- und 0900-Vorwahlnummern gesetzlich im Sinne des Verbraucherschutzes in die Schranken gewiesen wurden.

Bundesweit wurden im vergangenen Jahr rund **18.000 Petitionen** an den Ausschuss formuliert, was eine Steigerung von 30 Prozent im Vergleich zu den beiden Vorjahren bedeutet. Als **stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses** trage ich dabei eine besondere Verantwortung.

Zurzeit wird das Petitionsrecht auf Antrag der SPD weiter entwickelt. Künftig soll es die Möglichkeit geben, **Petitionen auch über das Internet** einreichen zu können oder Massenpetitionen auf dem elektronischen Wege mit einer digitalen Signatur zu versehen, die dann als offizielle Petition anerkannt werden sollen.

Praktikanten und Besucher – Demokratie lebt vom Mitmachen

Auch in dieser Legislaturperiode hatten in meinem Berliner Büro wieder eine Vielzahl an Praktikanten und Besuchergruppen die Möglichkeit, meine und die Arbeit des Bundestages in Berlin vor Ort kennen zu lernen. Dabei lernen die jungen Besucher, **dass Demokratie vom Mitmachen und dem Einsatz für die Region sowie ihren Menschen lebt**. Wobei das Lernen auf Gegenseitigkeit beruht: **Auch ich lerne viel aus den Erfahrungen, Problemen und Zukunftssorgen und Nöte der Heranwachsenden**. Der Gedankenaustausch mit den Jugendlichen ist mir sehr wichtig für mich persönlich wie auch für meine politische Arbeit.

Aus den unzähligen Besuchen junger Menschen sind Freundschaften und langjährige Kontakte entstanden, die zu einem wertvollen Bestandteil meines Lebens geworden sind.

Unter den Praktikanten waren nicht nur Jugendliche aus allen Teilen des Wahlkreises, sondern auch **Gäste aus Australien, den USA, Frankreich, Großbritannien, Polen und Paraguay**. Darüber hinaus hatten auch einige Jugendliche aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit über den **Praktikantenaustausch meiner französischen Kollegin Claude Darciaux in Dijon und meinem englischen Kollegen Kerry Pollard aus St. Albans** bei London über die Schulter zu schauen und einen Einblick in die Arbeit des französischen bzw. des englischen Parlaments zu gewinnen.



	2003	2004
Anzahl Praktikanten	51	52
Anzahl Besucher	1.652	1.514



Bild: MdB Klaus Hagemann zusammen mit Lisa Barth und Julia Herzog, zwei Gewinnerinnen vom Oppenheimer Gymnasium zu St. Katharinen, die sich beim Foto- und Schreibwettbewerb "bite 05" des Bundesjugendrings beteiligt hatten. Bei der Preisverleihung in Berlin wurden sie von Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich im Kanzleramt ausgezeichnet. Hagemann hatte zu dem Wettbewerb aufgerufen und führte die beiden Schülerinnen durch die Ausstellung in Berlin.

Pressearbeit – Gutes getan und darüber geredet

Meine vielfältigen Initiativen und Veranstaltungen haben in den regionalen Medien auch in 2005 eine erfreuliche Resonanz gefunden. So erschienen dazu im **1. Quartal 2005 92 Artikel** in den relevanten Lokal-Ausgaben der Allgemeinen Zeitung sowie in den Wochenblättern. Auch in Rundfunk und Fernsehen war ich durch Interviews präsent.

MdB persönlich – Meine Ämter und Aufgaben



Eine regelmäßig wiederkehrende Debatte sorgte am Ende des abgelaufenen Jahres erneut für Wirbel in Medien und Bevölkerung: Die Einkünfte von Politikern und die Legitimität von Nebeneinkommen aus anderen Jobs. **Ich habe mich dazu entschlossen, meine Einkünfte sowie meine Tätigkeiten offen zu legen.** Wenige schwarze Schafe bringen mit ihrem Verhalten die ganze „Politiker-Zunft“ in Verruf.

Ich gehöre seit den Kommunalwahlen vom Juni 2004 dem **Kreistag Alzey-Worms und dem Osthofener Stadtrat** an. Hier erhalte ich Sitzungsgeld, das in den jeweiligen Hauptsatzungen festgeschrieben ist. Zudem hat der Kreistag mich in den **Aufsichtsrat der Lebenshilfeeinrichtungen Worms** gewählt. Hier wird kein Sitzungsgeld gezahlt. Im Kreistag bin ich wieder **stellvertretender Vorsitzender im Jugendhilfeausschuss** und habe dort bisher zumeist die Sitzungen geleitet.

Über die Diäten als Bundestagsabgeordneter hinaus, die zurzeit 7.009,- Euro zu versteuerndes Einkommen im Monat betragen, habe ich als ehemaliger hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Osthofen einen Pensionsanspruch. 80% davon wird dabei mit den Diäten verrechnet, 20% werden ausbezahlt. Mit dem Großteil dieser Gelder **finanziere ich zahlreiche Jugendprojekte** sowie andere ehrenamtliche Initiativen von Vereinen und Verbänden im Wahlkreis. Seit 2004 vergebe ich einen Preis zur Förderung der Jugendarbeit.

Ich bin durch das Bundestagsmandat beruflich völlig ausgelastet. Im Bundestag bin ich **als Mitglied im Haushaltsausschuss Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesinnenministeriums**, der ein Volumen von

rund 4 Milliarden Euro hat. Zu diesem Einzelplan gehören unter anderem die Finanzen des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes, des statistischen Bundesamtes, des Technischen Hilfswerks, die Gelder für die Bundeszentrale für politische Bildung oder den Zivil- und Katastrophenschutz. Um in diesem Zusammenhang auch immer über die aktuelle Fachpolitik auf dem neuesten Stand zu sein, arbeite ich als **stellvertretendes Mitglied aktiv im Innenausschuss** mit.

Einen zweiten Schwerpunkt meiner Bundestagsarbeit bildet der **Petitionsausschuss**, in dem die Bürgeranliegen und Beschwerden bearbeitet werden. Dort bin ich **stellvertretender Ausschussvorsitzender** und nehme deshalb eine Reihe von Repräsentationsverpflichtungen im In- und Ausland wahr.

Auch das **Thema Ehrenamt** nimmt einen Schwerpunkt in meinem politischen Wirken ein. So bin ich **Vizepräsident der THW-Bundeshelfervereinigung** und engagiere mich in den verschiedensten Formen für die Würdigung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. Dabei ist eines meiner politischen Ziele, für die **Erleichterung der Arbeit der vielen Vereine und ehrenamtlich Tätigen** insgesamt in meinem Wahlkreis zu sorgen wie beispielsweise durch die Erhöhung der Übungsleiterpauschale, die Schaffung steuerlicher Erleichterungen und Ausweitungen des Versicherungsschutzes.

Überdies bin ich Mitglied im neunköpfigen **Vertrauensgremium des Bundestages**, das die wirtschaftliche Tätigkeit der drei deutschen Geheimdienste (Bundesnachrichtendienst, Bundesverfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst) überwacht und deren Wirtschafts- und Stellenpläne berät und beschließt.

Und schließlich bin ich neben einer Reihe von weiteren Verpflichtungen noch **Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung**, bin **Schriftführer des deutschen Bundestages** und von der **Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der SPD-Bundestagsfraktion zum stellvertretenden Sprecher** gewählt worden.



Das Team um MdB Klaus Hagemann

Büro Berlin

Uwe Neeb
Cornelia Gropp

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 0 30 - 227 – 7 32 32
Fax: 0 30 – 227 – 7 66 23
klaus.hagemann@bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Wahlkreisbüro Worms

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Marco Sussmann / Stefan Syndikus (bis Oktober 2004)

Bürgerbüro: Joachim Mayer / Linda Baaden / Marcus Held (bis Juni 2004)

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de

Büro Alzey: Donatus de Haan

Amtsgasse 9
55232 Alzey

Stand: 24.06.2005